



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Schlußwoche des Zollparlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bleiben werden. Die realistische Richtung, welche unser öffentliches Leben seit den letzten zwei Jahren genommen hat, wird dem Bedürfnis nach bestimmten, greifbaren Fortschritten über kurz oder lang doch wieder zu seinem Recht verhelfen und die Mittelparteien nöthigen, nur mit und auf Thatfachen zu rechnen. Auch auf die Massen kann seit dem Jahre 1866 nicht mehr durch Resolutionen, Programme und symbolische Handlungen dauernd gewirkt werden. Davon hat noch in jüngster Zeit die unter Vorsitz des Buchhändlers Jonas abgehaltene berliner Versammlung nord- und süddeutscher Radicaler Zeugniß ablegen müssen. Der charakteristische Beschluß dieses Meetings, ein neues Programm auszuarbeiten zu lassen, d. h. die Ziellosigkeit der bisherigen radicalen und demokratischen Bestrebungen von hüten und drüben offen einzugestehen, ist die einzige Frucht dieser Vereinigung ungebildeter oder politisch bildungsunfähiger Doctrinäre gewesen, die nur noch in den Leserkreisen der Zukunft, des Stuttgarter Beobachters und der demokratischen Correspondenz Beachtung und Theilnahme finden. Sache der nationalen Partei wird es sein, den Geist der Nation nüchtern zu erhalten und die Wiederkehr jener Zeiten zu verhindern, in denen der Philister die Sache deutscher Einheit zu fördern glaubte, wenn er kräftigen Resolutionen und hochtönenden Phrasen von dem unaufhaltsamen Bedürfnis der deutschen Stämme zur Verständigung seine behagliche Zustimmung zu Theil werden ließ. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist zweifellos, daß der sich selbst überlassene Volksinstinkt in Wahrheit immer wieder in das particularistische Fahrwasser steuert, mag dieses grün-weiß, schwarz-weiß oder gelb-weiß beslaggte Luftfähne tragen, und daß die Sache der wirklichen Einigung nur durch ernste, in das Fleisch unserer Gewohnheiten schmerzlich einschneidende Arbeit gefördert wird und gefördert werden kann.

Die Schlußwoche des Zollparlaments.

Berlin, 25. Mai.

Die erste Session des Zollparlaments ist verlaufen wie ein kunstgerecht angelegtes Drama mit heiterem Ausgang, oder wie ein Gemittterttag im Hochsommer, der nach viel Hitze, Staub und Mißbehagen zuletzt mit einem behaglichen Abend endigt. So beunruhigend es drei Wochen hindurch mit dem an diese Institution geknüpften Hoffnungen abwärtszugehen schien, so rasch haben sich in der vierten Woche die Gemüther wieder gehoben. Nicht allein äußerlich und zufällig hat eine Reihe schöner Feste den Schluß der

kurzen Arbeitszeit in gefelliger Freude gleichsam ertränkt. Sie waren der richtige Ausdruck der Stimmung, welche zuletzt vorherrschte, selbst bei einem Theile derjenigen, welche sonst die Kosten des glücklichen Umschwungs zu tragen hatten. Damit sind nicht die Finanzminister gemeint, denen mit der Beschneidung der Tabaksvorlage und der Ablehnung des Petroleumzolls übel genug mitgespielt worden ist, auch nicht die reinen Freihändler, welchen aus der gleichen Ursache die Vereinfachung und Ermäßigung des Zolltarifs über das Maß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages hinaus entgangen ist, — sondern die süddeutschgesinnten Süddeutschen, im Gegensatz zu dem entschieden und einfach deutschgesinnten.

Denn das kann jetzt als geschichtliche Thatsache festgestellt werden: Kompetenzerweiterer und Kompetenzzeißler sind darin vom Anfang an einig gewesen, das politische Interesse bei den Acten dieses Parlaments voranzustellen. Niemand, außer allenfalls einige Königsberger Kaufleute und einige thüringische Geheimräthe, fällt sein Urtheil über die Session hauptsächlich nach volkswirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten. Alle fragen zuerst: welchen Vorschub hat sie unsern politischen Plänen und Wünschen geleistet? Darum ziehen geschlagen von dannen nur diejenigen, welche gegen den Fortgang des nationalen Einheitswerks gestritten haben, nicht die Anhänger irgend welcher öconomischen Theorie oder die Vertheidiger irgend eines Projectes zur Grundausbesserung der deutschen Finanzen von der Seite der indirecten Abgaben her. Man kann nicht sagen, daß im Zollparlament der Freihandel über den Schutzzoll triumphirt hätte. Man kann auch noch nicht nachhin behaupten, daß in der neuen Organisation des Zollvereins die finanziellen Interessen zu kurz kämen. Aber was man, gestützt auf die Erfahrung dieses Maimonds, mit Zuversicht annehmen kann, ist, daß eine jede weitere Session des Zollparlaments die frechen Hoffnungen der Feinde des werdenden Deutschland von neuem zu Schanden machen wird.

Mit noch stärkerer Mehrheit, als die vorgeschlagenen Säze der Tabakbesteuerung, ist der Petroleumzoll gefallen. Es scheint, man hat denselben im Bundeskanzleramt selbst nur ungern angeregt. Die nächsten Freunde der leitenden Köpfe dieser Körperschaft im Parlament und in der Presse sind mit ihrer vollen Energie gegen einen Zoll für Petroleum aufgetreten. Wahrscheinlich also, daß die Idee aus dem mehr um Geld verlegenen als auf volkswirtschaftliche Correctheit ausgehenden preussischen Finanzministerium kam, und in der Kanzlei des Grafen Bismarck aus Gründen hoher Politik adoptirt wurde. Von dem Tabak gilt möglicherweise etwas ähnliches, wenn es auch feststeht, daß Geheimrath Michaelis an die der Vorlage beigegebene Denkschrift die letzte Hand gelegt hat. Daß die gänzliche Uebergehung des Zuckers nicht nach seinem oder Präsident Delbrücks individuellem Geschmacke

gewesen sein werde, darauf möchte man fast ohne weiteres schwören. Unter diesen Umständen ergibt sich die Forderung von selbst: der norddeutsche Bund muß seinen eigenen Finanzminister erhalten und dieser auch im Zollverein das große Wort führen. Die Theilung der Initiative zwischen zwei einander gleichgesetzte Behörden lähmt alle Entwicklung. Wenn die oberste Bundesbehörde die deutsche Handelspolitik leiten soll, muß sie auch in der Hauptsache unabhängig sein in der Wahl der Punkte, wo sie den Steuerzügel jeweils nachlassen oder stärker anziehen will. Sonst kommt in die Reform des Zolltarifs weder System noch Consequenz. Es konnte nicht den Eindruck zweckmäßiger und gerechter Vertheilung der Rollen machen, wenn man Herrn von der Heydt ruhig unter den Abgeordneten sitzen sah, während zuerst Herr Michaelis für zwölf Thaler Tabakssteuer und dann Herr v. Delbrück für den Petroleumzoll zu einer im voraus dagegen eingenommenen Versammlung sprachen. Die zahlreichen Inconvenienzen dieses Verhältnisses werden zum Glück auch im Schoße des preussischen Finanzministeriums gefühlt, und allem Vermuthen nach ist der Tag nicht fern, welcher dem norddeutschen Bunde seinen besonderen Finanzminister bescheren wird.

Bevor diese Einheit des schöpferischen Gedankens und Willens nicht hergestellt ist, läßt sich über den finanziellen Werth oder Unwerth der neuen Organisation kein endgiltiges Urtheil fällen. Möchte man freilich anerkennen, daß sie in diesem Stücke das gerade Gegentheil der bureaucratisch-föderalistischen Organisation sei, welche für die Finanzen der beteiligten Staaten allezeit mehr besorgt war als für die Nationalwohlfahrt, wenn auch ohne deswegen finanzielle Wunderdinge zu verrichten, so würde ihr damit die Bedeutung eines höchst wirksamen politischen Werkzeugs zugesprochen sein. Jede neue Session würde dann in zwei Richtungen gleichzeitig auf Concentration der nationalen Staatskräfte hinwirken: erstens durch die Erschwerung des finanziellen Bestands der Kleinstaaten, denen Zolleinnahmen ohne angemessene Deckung entzogen würden, während ihre directe Besteuerungsfähigkeit meist schon nahezu erschöpft ist; und zweitens durch das sämmtlichen Regierungen aufgenöthigte Interesse an einer Kompetenzerweiterung, welche das Parlament williger machen möchte, auch einmal dem Finanzminister etwas zuzuwenden.

Dieser Entwicklung der Dinge wird sich jedoch, falls die Prophezeihungen der Freihändler Grund haben, eine andere hemmend in den Weg werfen: die Steigerung der Einnahmen aus den ermäßigten Zöllen durch die Ermäßigung, aus den übrig bleibenden Zöllen durch die gestrichenen. Für diesmal hat die Tarifreform noch keine erheblichen Dimensionen angenommen. Sie beschränkt sich auf die Oestreich gemachten Zugeständnisse, unter denen die Herabsetzung des Roheisenzolls von $7\frac{1}{2}$ auf 5 Silbergroschen und des Leinengarnzolls von 2 auf $\frac{1}{2}$ Thaler die wichtigsten sind. Was darüber

hinaus vorgeschlagen wurde, bedeutete, nachdem die Aufhebung des Keiszolls schon im Bundesrath abgelehnt worden war, mehr eine allerdings wünschenswerthe Vereinfachung des Tarifs im allgemeinen, als daß es irgend eine hervorragende Einzelreform geboten hätte. Die gänzliche Aufhebung des Roh-eisenzolls und Ermäßigung der übrigen Eisenzölle, welche von den Seestädten, zumal von Ostpreußen her, so beweglich verlangt wird, erfuhr im Parlament den Einspruch des bairischen Handelsministers und fiel auch mit der Ablehnung der beiden Deckungsvorschläge von selbst zu Boden. Anträge auf Abschaffung des letzten noch bestehenden Ausfuhrzolls, desjenigen auf Lumpen, ferner auf Herabsetzung des Cigarrenzolls, des Baumwollenzolls und der Zuckerzölle, in denen meist die hanseatischen Mitglieder zu großem Aerger Moriz Mohls ihre berechnigte Ansicht von dem Besten der Gesamtheit niederlegten, dienten gewissermaßen nur, künftigen Berathungen ein Ziel aufzustecken, der ferneren Agitation der Interessen und Doctrinen einen Stoff zu gewähren. Auf praktischen Erfolg konnten sie um so weniger rechnen, als der Bundesrath ohne finanzielle Deckung nicht einmal die Tarifreformvorlage aufrecht erhalten wollte.

Muß man darum die Session der Unfruchtbarkeit anklagen, das Zollparlament wohl gar für eine ungeeignete Geburtsstätte großer wirtschaftlicher Reformen verschreien? Im Vergleich zu seiner Vorgängerin im Amte, der alten Generalconferenz, wird es auch nach dieser etwas mager ausgefallenen Session immer noch für einen rüstigen Arbeiter gelten können. Der Handelsvertrag mit Oestreich — nächst dem deutsch-französischen von 1862/65 bei weitem der wichtigste unserer auswärtigen Verträge — ist soviel schneller durch die Klippen der Ratification hindurchgesteuert worden; das Zollverfahren ist Verbesserungen unterzogen worden, an die man sich während des früheren Zustandes der Dinge kaum wagte, und doch werden sie jetzt nur als Abschlagszahlung hingenommen für eine noch viel gründlichere Reform, über deren Richtung und hauptsächlich Grundzüge man sich bereits derart verständigt hat, daß ihr Zustandekommen in der nächsten Session keinem Zweifel unterliegt. In dieser Reform aber, so unscheinbar sie ist und so sehr sie des Vortheils entbehrt, Gegensätze hervorzurufen, Leidenschaften zu erregen, und dadurch das Interesse des großen Publicums zu spannen, liegt doch recht eigentlich der Beweis für die Vortrefflichkeit der neuen Institutionen, gerade wie ihre praktische Unmöglichkeit unter der Herrschaft der alten diese am härtesten verurtheilte. Noch in einer anderen Beziehung hat sich der Werth des Zollparlamentes und einer öffentlichen Verhandlungsstätte gezeigt, als der Mißbrauch der französischen titres d'acquit — à caution zu Ausfuhrprämien für Eisenfabrikate zur Sprache kam. Die Tribüne einer gesammeldeutschen Vertretung gab da eine weit bessere Gelegenheit als

diesjenige irgend einer einzelnen Kammer unter dem alten System, um den geheimen Zusammenhang der Gunst ans Licht zu ziehen, welche die französische Regierung vertragswidriger Weise auf Kosten der deutschen Eisenproduzenten den übrigen zuwendet. Der Botschafter des norddeutschen Bundes in Paris hat von diesen Verhandlungen kräftigen Gebrauch gemacht, und spätestens bis zu der Zeit, da ihre Erneuerung möglich erscheint, dürfte man sich in Paris zur Einstellung des Mißbrauchs bequemt haben.

Auf die alte Generalzollconferenz hatte die Bewegung des öffentlichen Geistes nur einen sehr entfernten, schwachen und Zufälligkeiten ausgesetzten Einfluß, weil die Verhandlungen geheim, selbst die Gegenstände kaum bekannt waren und weil auch der kleinste Staat eine Stimme hatte, mit welcher er jeden nennenswerthen Fortschritt verhindern konnte. Es war auch damals allenfalls denkbar, im Wege ernsthafter Agitation auf die Haltung der preussischen oder der bairischen Regierung einzuwirken; aber wie wollte man einwirken auf Waldeck und Bückeburg? Und doch hing die handelspolitische Entwicklung eines Volkes von vierzig Millionen von Bückeburg's und Waldeck's Votum ebenso gut ab, wie von dem Baierns oder Preussens. Die öffentlichen, regelmäßig wiederkehrenden, unter sich zusammenhängenden, im voraus bekannten Verhandlungen des Zollparlaments bieten der Einwirkung aller Interessen und Ideen eine hinlänglich breite Fläche dar, um den vollen Impuls einer bewegten Zeit zu empfangen; je öfter wir sie erleben, desto besser werden wir uns daran gewöhnen, aus ihnen alles zu machen, dessen sie fähig sind; und deswegen wäre es mehr als voreilig, wollte man aus der Vereitelung einer weitergehenden Tarifierform, als der österreichische Handelsvertrag sie enthält, alsbald Schlüsse ziehen auf die Unfähigkeit der neuen Einrichtung, Deutschland über ein Kleines die vollen Segnungen der Handelsfreiheit zu verschaffen.

Zur Verstärkung dieser Tendenz in den verschiedenen Parteien hat die Haltung der süddeutschgesinnten Süddeutschen das ihrige beigetragen. Theils aus politischer Abneigung gegen Preußen, theils aus wirklichen schutzollnerischen Vorurtheilen stemmten diese übelberathenen Männer sich schlechterdings gegen jeden Fortschritt. Sie wollten nicht einmal zur Ausdehnung der norddeutschen Tabakssteuer auf den Süden, welche doch vertragsmäßig bereits feststand, die Hand bieten. Sogar den Handelsvertrag mit Oestreich, dem verlorenen Lande ihrer Sehnsucht, lehnten sie ab, weil er freihändlerischen Charakters und weil er vornehmlich von preussischen Unterhändlern abgeschlossen war, auf Preußen also die Wucht einer Ablehnung zumeist zurückfallen mußte. Durch die Sprödigkeit ihrer wirtschaftlichen Haltung riesen sie auch in anderen norddeutschen Parteien als der von Haus aus hinreichend orientirten nationalliberalen die Vorstellung wach, es komme ihnen nur darauf an, die Gemeinschaft selbstsüchtig auszubeuten, nicht aber unbefangen und brüderlich gestimmt mit ihren norddeutschen Collegen nach dem Wohl des Ganzen zu streben. In dieser Stimmung war es, daß Graf Bismarck in der Sitzung vom 18. Mai die Kompetenzzweifel seines großherzoglich hessischen Collegen so schneidend, die Drohung des Abgeordneten Propst mit dem Auslande so vornehm überlegen zurückwies, daß Löwe seinen alten schwäbischen Freunden in der schärfsten Sprache, welche sich anwenden ließ, den Fehdehandschuh hinwarf, und Waldeck zum herzhaften Angriff auf die unhaltbare Doppelstellung Hessens aufrief. Die erste Session des Zollparlaments hat hingereicht, um das Bewußtsein von der Hohlheit und kurzfristigen Eigennützigkeit der alten Schutzolllehre allgemein zu machen; in den nächsten Sessionen wird unter diesem Eindruck gehandelt werden.

Das bedeutungsvollste politische Ergebnis der Session ist die Klärung der Ansichten in Betreff des weiteren nationalen Fortschritts. Was v. Bennigsen in der Adressdebatte zur Ueberraschung vieler als die Auffassung seiner Partei hinstellte: daß der Augenblick zu neuen Eroberungen der nationalen Idee durchaus ungeeignet erscheine, das hat in der großen Debatte des 18. Mai Rascher nicht allein ausdrücklich als Parteiansicht bekräftigt, sondern erweitert zu förmlicher Perhorrescirung des Weges, auf welchem bisher der weitere Fortgang der Einheitsbestrebungen vorzugsweise gesucht wurde, nemlich der Kompetenzerweiterung des Zollparlaments. Es muß jetzt als ein integrierender Bestandtheil des Programms der norddeutschen Nationalliberalen angesehen werden, daß, was von Ausdehnungen der nationalen Staatseinheit über den Main hinaus jeweilig reif erscheint, vor sich gehen soll in der Form des Anschlusses an die Organe des norddeutschen Bundes. Von der Gemeinsamkeit eines einzelnen Rechtsgebietes bis zu völligem und vorbehaltlosem Eintritt soll fortan alles auf diese Bahn geleitet werden. Die Meinung des Grafen Bismarck scheint darauf schon länger hinausgelaufen zu sein. Es entspricht seinem staatsmännischen Gepräge sowohl als seiner Stellung, den Bund mit einheitlicher Executive dem Bunde ohne eine solche vorzuziehen.

Damit ist nicht nothwendig gesagt, daß die Kompetenz des Zollparlaments nun ein für allemal begrenzt und abgeschlossen wäre. Wenn z. B. in der nächsten Session die große Mehrzahl der Süddeutschen, die bairischen Minister voran, das Verlangen stellen sollte, die Regelung der Münzverhältnisse in den Kreis des Zollbundes aufzunehmen, so wird voraussichtlich weder Graf Bismarck noch die nationalliberale Partei sie auf das Mittel des Anschlusses an den norddeutschen Bund für diesen eiren Zweck verweisen. Es käme ja auch ziemlich auf dasselbe hinaus. Der prinzipielle Verzicht der tonangebenden norddeutschen Kreise auf Erweiterung der Zollparlamentärskompetenz neutralisirt nur gewissermaßen diese wichtige Institution, befreit sie für gewöhnliche Zeiten und die nächste Zukunft von dem Drucke entgegengesetzter politischer Tendenzen, stärkt also ihre berufsmäßige Wirksamkeit, Befähigung und Macht. Auf der anderen Seite ist dadurch ein bequemes Pflörtchen aufgethan, um solche süddeutsche Interessen, welche nicht auf den Tag der Vollendung warten können und wollen, bei Zeiten in aller Unbefangtheit einzulassen.

Ein zweites politisches Resultat der Session ist die Annäherung der patriotischen Parteien an einander. Als am 18. Mai der Rückschlag gegen den 7. eintrat, befanden sich die eingefleischten Particularisten in einer geradezu erdrückenden Vereinsamung, die sie nach Bölsks herrlicher Rede das Wort gar nicht mehr nehmen ließ. Wie das auf Seiten der nationalgesinnten Mehrheit nachwirkte, sah man auf dem Börsenfest am 21. Mai. Da suchte Graf Bismarck mit Vorliebe seine alten Gegner Löwe, Waldeck und Duncker auf. Und auf Tivoli Tags darauf, wo die berliner Bevölkerung den Süddeutschen ihr Fest gab, kamen nur echt nationale Klänge zur Geltung, kein Widerhall des früheren Fraternisirens zwischen berliner und stuttgarter Radicals in einer eigens dazu angesetzten Volksversammlung. Selbst der alte Waldeck gab sich da als deutschen, nicht als preußischen Patrioten. Seine Tivolirede war in dieser Hinsicht das vollständige Seitenstück zu Waggeners Parlamentsrede am 18. Mai. Der persönliche Umgang mit Süddeutschen aller Schattirungen, das Zusammensein mit ihnen in einem nationalen Parlament, so kurze Zeit es auch dauerte, hat für sie doch die Wirkung eines Cursus in nationaler Politik gehabt. Sie erscheinen jetzt sammt und sonders ein wenig nationalliberal angelaufen. Sie erkennen schweigend an,

daß es die bessere Kenntniß der süddeutschen Verhältnisse, Parteien und Persönlichkeiten war, was die Nationalliberalen leitete, von vornherein eine bestimmte Stellung zu den Brüdern aus Süddeutschland einzunehmen, die einen nicht für patriotischer zu halten als sie sind, den glühenden Patriotismus der anderen nicht auf secundäre Motive zurückzuführen.

Vergleicht man mit dem düstern Anfang das helle Schlußtableau in den Räumen der neuen Börse: Graf Bismarck nicht allein mit den Nationalliberalen ausgesöhnt, sondern über sie hinweg selbst patriotischen Fortschrittsmännern die Hand reichend, Fürst Hohenlohe seinen preussischen Collegen in einem prägnant nationalen Toaste fast noch überbietend, und endlich den Führer der bairischen Nationalliberalen, wie er aller Vorsicht überdrüssig auf Bismarck als den Mann des Jahrhunderts trinkt, — so hat man den Eindruck eines vollen und innigen Zusammenschlusses aller patriotisch-deutschen Parteien. Innerhalb der nationalliberalen Gesamtpartei sind gleichzeitig solche Verabredungen getroffen worden, welche ein Zusammenwirken der einzelnen Bestandtheile in allen wichtigen Fällen sichern. Bei dem Festmahle der Fraction am 20. Mai, welchem die süddeutschen Parteigenossen als Gäste beimohnten, erhielt dieses Abkommen durch beziehungsreiche Reden und herzlichen persönlichen Austausch aller mit allen die Weihe einer Verbrüderung. So sind auch in dieser Beziehung dem vaterländischen Nothbau nun verlässige Stützen untergeschoben.

Den letzten Schluß der Parlamentssession bezeichnet die Festfahrt nach Kiel zur Besichtigung des Hafens und der Kriegsflotte. Keine Partei hat sich ganz von derselben ausgeschlossen, zum Zeichen, daß das nationale Bewußtsein in keiner von ihnen gänzlich fehlt. Denn nicht als bloße Größe eines Schaugeprängs oder eines Champagner-Frühstücks sind die Vertreter des deutschen Volkes dort erschienen, sondern in dieser ihrer moralischen Eigenschaft von keinen Competenzzweifeln mehr bedrängt. Nicht Alles zwar, was man sie da sehen ließ, war erfreulich: es gab auch abgetafelte Schiffe in der Hafensbucht, die an den noch schwebenden Conflict zwischen dem Bundeskanzler und dem norddeutschen Reichstag mahnten. Indessen darf man heute schon behaupten, daß dieser Zwiespalt die längste Zeit gewährt haben wird. Eine dauernde Einstellung der Flottenthätigkeit ist einfach unmöglich: daher wird sie gar bald rückgängig gemacht werden. An einem betreibbaren Auswege aus der Klemme wird es dem guten Willen beider Theile ja nicht fehlen. Freudiger war ein anderes Zusammentreffen, — das merkwürdige nämlich, daß am gleichen Tage gerade die „Germania“, Capitain Koldewey, von Bergen in Norwegen auf Dr. Petermanns Nordpolexpedition auslief. Dieses Unternehmen deutschen wissenschaftlichen und seemännischen Muthes ist wohl geeignet, den trüben Eindruck niederzuschlagen, welchen die Wahrnehmung der abgetafelten Schiffe etwa auf das eine oder andere Gemüth unter den Abgeordneten gemacht haben mag. Es deutet an, wo der wahre Quell unserer nationalen Stärke liegt: nicht allein in hochgetriebenen und vollendeten Rüstungen, so nothwendig diese leider sind, sondern in dem sich selbst bestimmenden muthigen und erleuchteten Unternehmungsgeist vieler Einzelner.

Verichtigung.

In Heft 21. — „Berliner Bildergalerie und ihr Katalog“, ist S. 289 Z. 10 v. u. statt Antonio Vivarini zu lesen: Antonio da Murano.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Begler in Leipzig.